

11. Bogblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

14. Jänner 1948.

157/J

A n f r a g e

der Abg. H a c k e n b e r g, M a r k, K o s t r o u n, D r. P i t t e r m a n n
und S c h a r f

an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau wegen der Pa-Ko-Aktion.

-.-.-.-

Die Organisation der sogenannten Pa-Ko-Aktion hat durch die Häufung nicht eingehaltener Versprechungen zu einer schweren Diskreditierung der Bundesregierung bei der betroffenen Bevölkerung geführt. Es sei im Zusammenhang nur auf einige amtliche Aussendungen und Erklärungen hingewiesen, um den vollen Gegensatz zwischen Zusagen und Einhaltung zu beleuchten.

Schon am 27. August 1947 wurde in einer Aussendung mitgeteilt, dass die Pa-Ko-Aktion nach einmonatiger Dauer bereits 23.000 t Austauschkohle eingeführt habe. Angesichts der von der Bevölkerung mit Recht befürchteten Versorgungskrise mit Brennmaterial im Winter 1947/48 haben sich Tausende von Bewerber für die erweiterte Aktion gemeldet.

Am 12. Oktober versandte das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft unter dem Titel "Pa-Ko-Aktion übertraf Erwartungen" eine Aussendung an die Presse, in der grosssprecherisch mitgeteilt wurde, dass "die für die bisher eingewiesenen Selbstwerber entfallende Kohlenmenge unter allen Umständen sichergestellt ist". Wenn auch schon damals zum ersten Mal von eintretenden Verkehrsstörungen gesprochen wurde, so wurde andererseits versichert, dass jeder Erzeugerauf alle Fälle noch vor Einbruch der Kälte einen entsprechenden Teil von Kohlen erhalten würde. "Irgendwelche Besorgnisse sind völlig unbegründet", hiess es weiterhin, während sich bisher alle Besorgnisse nur als gerechtfertigt erwiesen haben.

Es folgten Aufrufe an die Teilnehmer der Pa-Ko-Aktion, ihre Scheine rechtzeitig beim Kohlenhändler einzureichen. Bis schliesslich am 23. Oktober - wesentlich weniger auffällig als die bisherigen Versprechungen - kundgemacht wurde, dass 40.000 t in Polen und 50.000 t in Jugoslawien auf Abtransport harren,

Die sozialistischen Abg. H a c k e n b e r g und Genossen haben sich in einer Anfrage vom 6. Oktober 1947 an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau zu Sprechern der Bevölkerung gemacht, die sich durch die organisatorischen Versager dieser Aktion mit Recht betrogen fühlte.

Der Herr Bundesminister hat in seiner Beantwortung vom 24. Oktober 1947 eine Reihe von Entschuldigungsgründen angeführt, die man kaum als solche gelten lassen kann. Sie beweisen lediglich, dass zwar für die Versorgung der Papierindustrie mit Holz gute organisatorische Arbeit geleistet wurde, die Entschädigung der Schläger aber von den massgebenden Amtsstellen offenbar nur als lästiger Ballast aufgefasst wurde. Auch bei dieser Gelegenheit erneuerte der Herr Bundesminister seine Zusage, dass den Selbstwerbern, die bisher noch keine Kohle bekommen haben, vor Beginn des Winters Teillieferungen zugewiesen werden. Offenbar infolge der bisherigen Erfahrungen wurde jede Mengenangabe vermieden.

Als die sozialistischen Abgeordneten den Herrn Bundesminister im Zuge der Budgetverhandlungen neuerlich an seine Zusagen erinnerten, wurde zwar neuerlich der - selbstverständlich nur für die Schläger geltende - Waggonmangel als Ausrede benützt, jedoch seitens des Herrn Bundesministers folgendes erklärt: Es ist Vorsorge getroffen, dass jeder Pa-Ko-Schläger bis Ende des Jahres mindestens

12. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

14. Jänner 1948.

50 % der ihm zugewiesenen Kohle erhält und dass im Jänner und Februar der Rest ausgegeben werden wird, und zwar ganz unabhängig vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Währungsschutzgesetzes. Der Bundesminister fügte hinzu: "Die Pa-Ko-Aktion soll auch im nächsten Jahr durchgeführt werden, und zwar mit Berücksichtigung der neuer gemachten Erfahrungen." - Festgestellt werden muss, dass alle die gemachten Zusagen höchstens zu einem Bruchteil eingehalten wurden.

Die gefertigten Abgeordneten werden täglich von Pa-Ko-Beworbern mit Anfragen bestärkt, wann sie endlich in den Besitz der redlich erworbenen Kohle kommen. Mit vollem Recht wird darauf hingewiesen, dass nach der Verlautbarung des Währungsschutzgesetzes die Auslieferungen nahezu vollständig eingestellt wurden, obwohl zweifellos laufend Kohle zugeliefert wurde. Die für Arbeiter ins Gewicht fallenden Kosten für die Bezahlung der Kohle, die bereitgehalten wurden, sind durch das Währungsschutzgesetz zum Teil abgewertet worden.

Die gefertigten Abgeordneten halten es für ihre Pflicht, die für das Versagen dieser Aktion verantwortlichen Regierungsmitglieder auf die Stimmung der Bevölkerung in allem Ernst aufmerksam zu machen. Es möge sich niemand der Täuschung darüber hingeben, dass für eine solche oder für ähnliche Aktionen nach den dabei gemachten Erfahrungen die arbeitende Bevölkerung nicht mehr zu haben ist. Es muss mit aller Entschiedenheit verlangt werden, dass das Verschulden an den Organisationsfehlern von amtlicher Stelle im Wege einer strengen Untersuchung festgestellt und gegen alle Schuldigen, unabhängig von ihrer amtlichen Stellung, mit aller Entschiedenheit vorgegangen werde.

Die gefertigten Abgeordneten stellen an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau folgende

A n f r a g e :

1.) Ist der Herr Bundesminister bereit, eine amtliche Untersuchung über die Fehlerquellen und über das Verschulden anzustellen, welche zum Versagen der Pa-Ko-Aktion in der Kohlenauslieferung an die Schläger geführt haben?

2.) Ist der Herr Bundesminister bereit, konkrete Angaben über den Zeitpunkt zu machen, wann die an Schlägern noch zustehenden Mengen ausgeliefert werden, und ist er weiter bereit, für die Einhaltung dieser Zusagen auch persönlich zu garantieren?

-.-.-.-.-